

Zeitschrift: Intercura : eine Publikation des Geriatriischen Dienstes, des Stadtärztlichen Dienstes und der Psychiatrisch-Psychologischen Poliklinik der Stadt Zürich

Herausgeber: Geriatriischer Dienst, Stadtärztlicher Dienst und Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik der Stadt Zürich

Band: - (2001-2002)

Heft: 75

Artikel: Der Begriff der Nachhaltigkeit im Gesundheits- und Sozialwesen

Autor: Carigiet, Erwin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-790255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Begriff der *Nachhaltigkeit* im Gesundheits- und Sozialwesen

Von Erwin Carigiet, Departementssekretär des Gesundheits- und Umweltdepartements der Stadt Zürich und Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)

1. Der Begriff der *nachhaltigen Entwicklung*

Seit der *UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung* von 1992 in Rio de Janeiro gehören der Begriff der Nachhaltigkeit und jener der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) zum weltweit verwendeten Vokabular in Politik und Alltag.¹ Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung geht allerdings bereits auf die *Stockholmer Umweltkonferenz* von 1972 zurück und die am häufigsten zitierte Definition ist im sogenannten *Brundtland-Bericht* von 1987 enthalten:

*Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für zukünftige Generationen die Möglichkeiten zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.*²

Im Kern geht es bei der nachhaltigen Entwicklung mithin um die Schaffung von besserer Lebensqualität jetzt und für zukünftige Generationen.³ Es gibt - was bei einem derart schillernden Begriff selbstverständlich ist - alternative Umschreibungen von Inhalt und Umfang des Begriffs und selbst bei der Auslegung der Brundtland-Definition gehen die Meinungen auseinander, zum Beispiel bei der Umschreibung und Festlegung des Schlüsselbegriffs der *Bedürfnisse*.

¹ Alain GRIFFEL, Die Grundprinzipien des schweizerischen Umweltrechts, Zürich 2001, N. 12.

² Zit nach GRIFFEL a.a.O. N.15.

³ Vgl. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, Konsultationspapier zur Ausarbeitung einer Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung, Kommission der Europäischen Gemeinschaft (Hrsg.), Brüssel 27.3.2001, S. 11 f.

Ein breiter Konsens besteht allerdings darüber, dass nachhaltige Entwicklung wenigstens zwei Schlüsselemente enthält:

Entwicklung weist eine wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Dimension auf. Entwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn zwischen den verschiedenen Faktoren, die zur Gesamtlebensqualität beitragen, ein Gleichgewicht hergestellt wird.

Die heutige Generation trägt eine Verpflichtung gegenüber den zukünftigen Generationen, die darin besteht, ihnen ausreichende soziale, Umwelt- und wirtschaftliche Ressourcen zu hinterlassen, damit es ihnen mindestens so gut geht wie uns.⁴

Nachhaltigkeit im engeren Sinne

Der Gedanke der Solidarität zwischen den Generationen (*Generationen-Modell*)⁵, das zweite Schlüsselement der vorgenannten Aussage der Europäischen Kommission, findet sich bereits im rein ökologisch begründeten (umweltrechtlichen) Begriff der Nachhaltigkeit, der in der schweizerischen Forstwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägt worden ist. Es geht um *Nachhaltigkeit im engeren Sinne*.⁶

⁴ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen S. 12.

⁵ Zum Modell des Gesellschafts- bzw. Generationenvertrags vgl. Erwin CARIGIET, *Gesellschaftliche Solidarität, Prinzipien, Perspektiven und Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit*, Basel/Genf/München 2001, S. 54 ff. und Peter HÄBERLE, *Die Verfassung "im Kontext"*, in: *Verfassungsrecht der Schweiz*, herausgg. von Daniel Thürer, Jean-François Aubert, Jörg Paul Müller, Zürich 2001, S. 17 ff. sowie Peter HÄBERLE, *Ein Verfassungsrecht für künftige Generationen - Die "andere" Form des Gesellschaftsvertrages: der Generationenvertrag*, in: *Verfassung, Theorie und Praxis des Sozialstaats*, herausgg. von Franz Ruland, Bernd Baron von Maydell, Hans-Jürgen Papier, Heidelberg 1998 S. 215 ff.

⁶ Cf. GRIFFEL a.a.O. N. 13 f. und 46 f.

Im Abschnitt zur Umwelt und Raumplanung der neuen Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998 drückt sich dies in Art. 73 wie folgt aus:

Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits an.

Politisch wird dieses Ansinnen oft mit dem griffigen Slogan *Von den Zinsen und nicht vom Kapital leben* umschrieben (*das Sparbuch als Modell!*).⁷ Hier ist für viele Ökologinnen und Ökologen die ursprüngliche Kraft und die eigentliche Bedeutung des Begriffs zu orten.

Die Erweiterung des ursprünglich rein ökologischen Begriffs um das erste Schlüsselement, also die Erweiterung um die dreidimensionale Sichtweise von Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft, - wie sie auch in der im vorangegangenen Abschnitt zitierten Aussage der Europäischen Kommission vorgenommen wird - wird von diesen Kreisen eher skeptisch aufgenommen. Es wird befürchtet, dass dadurch begründete ökologische Bedürfnisse zurückgedrängt werden oder werden können.

Nachhaltigkeit im weiteren Sinne

Für die *Nachhaltigkeit im weiteren Sinne*, also die *nachhaltige Entwicklung*, wird die zeitliche, intergenerative Sichtweise der Nachhaltigkeit (im engeren Sinne) durch das

Drei-Dimensionen-Modell von Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft

⁷ Vgl. Für eine Schweiz mit Zukunft, Nachhaltige Entwicklung als Chance für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, Interdepartementaler Ausschuss IDARio (Hrsg.), Bern August 2001, S. 6 ff.

ergänzt.⁸ Die bewusste Rücksichtnahme auf kommende Generationen bleibt aber ein wichtiges zentrales Element. Als heutzutage unverzichtbare *internationale* Dimension kommt noch die Solidarität mit den benachteiligten Ländern *im Süden und Osten* hinzu.

Diesem Drei-Dimensionen-Modell liegt eine ethisch-philosophische Orientierung zu Grunde, die

- das Konfliktpotenzial, die Interessenkonflikte zwischen den Weltregionen nicht mehr verharmlost oder verdrängt,
- jene zwischen den Generationen der Industrienationen rechtzeitig angehen will und
- (soziale) Gerechtigkeit zwischen einerseits Nord und andererseits Süd und Ost sowie innerhalb der Nationen, aber auch zwischen den Generationen von heute und morgen anstrebt.

Das Drei-Dimensionen-Modell ist kein Konzept, das Harmonie anpeilt oder gar zu schaffen vermag, sondern eines, das die bestehenden Konfliktfelder der Gegenwart anerkennt und insbesondere das Primat der Wirtschaft über die Gesellschaft und die Umwelt in Frage stellt.⁹ Neu sollen echte partnerschaftliche *Aushandlungsprozesse* zwischen allen Beteiligten an die Stelle der reinen Ausübung von wirtschaftlicher (oder politischer) Macht treten. Nachhaltigkeit wird als Macht- und Verteilungsproblem verstanden.¹⁰

⁸ Es wird auch von einem "Dreiklang zwischen ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Verträglichkeit" und von einem "magische[n] Dreieck" gesprochen (vgl. GRIFFEL a.a.O. N. 15 f. mit Hinweisen).

⁹ So vermag zum Beispiel das Bruttoinlandprodukt (BIP) zwar wertvolle Hinweise zur Wirtschaftskraft geben, ist aber in vielerlei Hinsicht auch begrenzt: Das BIP berücksichtigt beispielsweise die Kosten der Umweltverschmutzung nicht und vernachlässigt den Wert der unbezahlten Arbeit.

¹⁰ „Nachhaltige Entwicklung im Sinne der Pflichtenethik macht auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Konflikte aufmerksam, die in allen Gemeinschaften von Gesellschaft und Wirtschaft auftreten, und die partnerschaftlich gelöst und nicht aufgrund von Macht durchgesetzt werden sollen.“ (Politik der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven, Hauptbericht, Interdepartementaler Ausschuss IDARio (Hrsg.), Bern April 2001, S. 17).

2. Grundsätzliche Fragestellungen im Umfeld von Nachhaltigkeit und anderen Grundprinzipien

Damit Bedeutung und Umfang des Begriffs der Nachhaltigkeit besser eingeschätzt werden können, sind verschiedene grundsätzliche Fragen zu klären. Es geht zum Einen um die Einordnung des Begriffs in die bestehenden Werte und staatspolitischen Grundprinzipien sowie zum Anderen um die mögliche Wirksamkeit der Nachhaltigkeit in Politik und Wissenschaft.

2.1 Frage der Unter-, Überordnung oder Gleichstellung der verschiedenen Grundprinzipien im modernen Rechts- und Sozialstaat

Stellt der Begriff der Nachhaltigkeit einen Ersatz, eine Ablösung, eine Weiterentwicklung, eine Differenzierung oder eine Ergänzung der grossen staatspolitischen Begriffe, die auf die Aufklärung und die französische Revolution zurückgehen, also

- von Freiheit (Rechtsgleichheit),
- von Gleichheit (Chancengleichheit) und
- von Brüderlichkeit (gesellschaftliche Solidarität)

dar?

Wird der Wohlklang von *Liberté, Égalité und Fraternité* vom Sustainable Development abgelöst? Oder entsteht eine neue Melodie?

Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Folgefrage, wie weit der neue Begriff als Deckmäntelchen benutzt wird, um sich in *fremde* Disziplinen oder Angelegenheiten einzumischen. Oder ob mit seiner Unbestimmtheit gar fehlendes verantwortungsbewusstes Handeln in wichtigen Belangen verborgen werden soll?

Summarische Antwort

Aus der Sicht des Autors behalten die Werte der Freiheit, Gleichheit und der gesellschaftlichen Solidarität auch in der Gegenwart und in Zukunft unverändert ihre grosse staatstragende universelle Bedeutung. Der bewusste (schonungsvolle) Umgang mit den Ressourcen dieser Welt stellt aber einen zusätzlichen wichtigen Wert dar, der den anderen jedoch nicht übergeordnet ist.

Nachhaltige Entwicklung ist von ihrem Charakter her gesehen eine

integrative Vorgehensweise der Politik.

Sie basiert auf einer interdisziplinären und vernetzten Sichtweise, ihre Arbeitsergebnisse gründet in fairen *Aushandlungsprozessen*, sie ergänzt die Perspektive des (wissenschaftlichen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen usw.) Fortschritts mit jener der grundsätzlich beschränkten Ressourcen und soll letzten Endes auch zum Abbau von Ungleichheiten führen.¹¹ Soziale und rechtliche Freiheit sind ihr Ziel.¹² Die Wirkungsweise der nachhaltigen Entwicklung liegt sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext.

Die umfassende Vorgehensweise hat Vor- und Nachteile. Es gilt zwischen der jeweils zu findenden thematischen Breite und analytischen Tiefe abzuwägen.

Für die nachfolgenden Ausführungen dient die aktuelle Diskussion in der europäischen Gemeinschaft als Ausgangspunkt. Der europäischen Kommission sind anfangs 2001 die folgenden Kriterien zur Bestimmung der politisch relevanten Themen vorgeschlagen worden:

- Schwere – Bewirken die gegenwärtigen Trends eine erhebliche Beeinträchtigung unserer Lebensqualität oder stellen sie eine erhebliche Gefährdung unserer sozialen, umweltspezifischen

¹¹ Hier geht es auch um die Begriffe des Human- und Sozialkapitals bzw. deren Wirkung auf Individuen und Gesellschaft (cf. *The Well-being of Nations, The Role of Human and Social Capital*, OECD, Paris 2001.

¹² Vgl. CARIGIET a.a.O. S. 45 ff.

und wirtschaftlichen Errungenschaften dar? Ist damit zu rechnen, dass die Kosten für Versäumnisse hoch oder ungleich verteilt sind?

- zeitliche Dimension und Unumkehrbarkeit – Gibt es ein „schwelendes“ Problem, das sich nur allmählich verschlimmert, das aber nur mit hohen Kosten oder gar nicht behoben werden kann, wenn Maßnahmen erst zu einem späten Zeitpunkt ergriffen werden? Gibt es einen wichtigen generationenübergreifenden Aspekt?
- europäische Dimension – Ist das aufgezeigte Problem mehreren EU-Ländern gemeinsam oder gibt es länderübergreifende Rückwirkungen? Sind die Reaktionen der Politik dazu angetan, über nationale oder EU-Grenzen hinaus zu wirken?¹³

Anhand dieser Kriterien schlagen die Kommissionsdienststellen die folgenden Themen als Schwerpunkte für eine EU-Strategie der nachhaltigen Entwicklung vor:

- Klimawandel,
- öffentliche Gesundheit,
- Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen,
- Armut und soziale Ausgrenzung,
- alternde Gesellschaft und Bevölkerungsentwicklung,
- Mobilität, Flächennutzung und Raumentwicklung.¹⁴

2.2 Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten der Nachhaltigkeit und dem Potential neuer Instrumente und Methoden (Generationen-, Sozialbilanzen usw.)

Das *kurzfristige Denken* der politischen Praxis stellt immer wieder ein besonderes Problem für die Lösung komplexer Fragestellungen, wie sie sich gerade in der Gegenwart vermehrt stellen, dar. Ein wichtiger

¹³ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen S. 15.

¹⁴ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen S. 15 ff.

Grund hierfür liegt in der Natur der *politischen Wahlzyklen*, welche den zeitlichen Horizont von Regierungen und Parlamenten - quasi naturgemäss - oft begrenzen.

Bei ihren Entscheidungen orientieren sich diese zudem in der Regel an den sogenannten *DurchschnittswählerInnen*. So wird notwendigen langfristigen Perspektiven immer wieder zu wenig Beachtung geschenkt. Dies gilt ebenso für die Beschaffung von entsprechenden Entscheidungsgrundlagen (ein gutes Beispiel ist die in der Schweiz lange Zeit vernachlässigte Erhebung von sozio-ökonomischen Daten).

So werden Veränderungen wie der aktuelle gesellschaftliche Wandel erst spät von der Politik wahr- und aufgenommen, was bedeutet, dass faktische Situationen und rechtliche Regelungen weit auseinander liegen können und notwendige politische Auseinandersetzungen erst mit Verspätung einsetzen. Verstärkt wird dieser Effekt durch ein Moment der *Trägheit der Politik*: Überkommene Praktiken werden öfters nur unter hohem Druck aufgegeben.

Hier sollen neuere Instrumente einsetzen, wie sie im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung gefunden worden sind: Interdisziplinäre, umfassende Methoden wie Generationen- und weitere Bilanzen fokussieren auf längere Zeiträume und versuchen die sektoriellen Sichtweisen der Politik und teilweise auch der Wissenschaften zu sprengen.

Wieweit können nun

- *Generationenbilanzen*,¹⁵
- *Sozialbilanzen*,
- *Geschlechterbilanzen* und
- *Integrationsbilanzen*

¹⁵ Vgl. Jiri ELIAS, Ist unsere Finanz- und Sozialpolitik nachhaltig? - Eine erste Generationenbilanz für die Schweiz, in: Die Volkswirtschaft, Das Magazin für Wirtschaftspolitik, 6-2001, S. 28 ff.

in den verschiedenen Politikfeldern als Entscheidungsgrundlage dienen? Oder in welchen politischen Gebieten stellen sie ein taugliches Instrument zur Beurteilung der aktuellen gesellschaftlichen Lage und der möglichen politischen Entwicklungen dar? Es stellen sich somit Fragen nach dem Potential und den Grenzen von Generationen- und weiteren möglichen Bilanzen. Die Antworten wird die sich anbahnende Praxis geben müssen. Auf einzelne konkrete Aspekte wird im folgenden Kapitel näher eingegangen.

3. Anwendbarkeit und Anwendung des Begriffs der Nachhaltigkeit in den verschiedenen Politikfeldern

Debatten über die nachhaltige Entwicklung fallen immer wieder ziemlich abstrakt aus und weisen den Charakter von Appellen oder Bekenntnissen auf. Ein Grund hierfür liegt vor allem im *sektoralen Ansatz* in der Politik, der Querverbindungen und Rückkoppelungen zuwenig berücksichtigt und berücksichtigen kann.¹⁶ Dies ist allerdings auch Abbild der institutionellen Verhältnisse (vgl. die Wahl von Exekutivmitgliedern, die in der Regel nicht am Gesamterfolg oder Misserfolg der Regierung gemessen werden).

Thesen und Empfehlungen allgemein ethischer Art – wie es solche zur nachhaltigen Entwicklung vom Wesen her doch sind - sind gerade in einer Konkordanzdemokratie von eher geringer Verbindlichkeit oder Griffbarkeit.¹⁷ Der längerfristige gesellschaftliche *Lerneffekt* ist demgegenüber aber nicht zu unterschätzen: Die Auseinandersetzungen

¹⁶ Politik der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven, Hauptbericht, Interdepartementaler Ausschuss IDARio (Hrsg.), Bern April 2001, S. 11 und 15.

¹⁷ Vgl. die *Sechs Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit* in: Für eine Schweiz mit Zukunft, Nachhaltige Entwicklung als Chance für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, Interdepartementaler Ausschuss IDARio (Hrsg.), Bern August 2001, S. 12 ff. sowie die *Leitlinien, Ziele und Handlungsfelder für das nächste Jahrzehnt*, in: 10 Jahre nach Rio – Die Schweiz auf dem Weg zu einer Politik der Nachhaltigen Entwicklung, Bericht an das Sekretariat der *Commission on Sustainable Development*, Schweizerischer Bundesrat (Hrsg.), Bern Juli 2001, S. 21 ff.

in Öffentlichkeit und Politik geben einen Orientierungsrahmen.¹⁸ Die Schweiz weist hier keine im internationalen Vergleich abfallende Bilanz aus.

Detailliert wird im Eidgenössischen Expertenbericht vom April 2001 eine Bilanz der Bundespolitik auf diesem Gebiet gezogen: Den methodischen Rahmen liefert das von der Weltbank entwickelte Kapitalstockmodell: Betrachtet wird nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das ökologische und soziale Kapital.¹⁹ Zum gesellschaftlichen oder sozialen Kapital gehören in diesem Modell die soziale Sicherheit, der soziale Zusammenhalt, die Gesundheit, Freiheit und Gerechtigkeit, Chancengleichheit oder der Frieden. Zum ökologischen Kapital sind die Artenvielfalt, die Landschaft, Bodenschätze, saubere Luft und Wasser zu rechnen. Das in der Schweiz gewählte Prinzip der *Schwachen Nachhaltigkeit* verlangt, dass die Summe der drei Kapitalstöcke insgesamt über längere Zeit nicht abnimmt. Es wird also nicht verlangt, dass jeder der drei Kapitalstöcke für sich ständig erhalten bleibt.

Zur Illustration der Frage der Anwendung und Anwendbarkeit der Begriffe wird im Folgenden hauptsächlich auf das erwähnte, der Europäischen Kommission vorgelegte Papier zurückgegriffen.

3.1 Alternde Gesellschaft und Bevölkerungsentwicklung

Alle europäischen Länder stehen vor ähnlichen Herausforderungen infolge der Überalterung der Gesellschaft. Dadurch wird die Finanzierung der Renten beträchtlich erschwert. Eine alternde Bevölkerung stellt mitunter auch höhere Ansprüche an Gesundheitsdienstleistungen und

¹⁸ Politik der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven, Hauptbericht, Interdepartementaler Ausschuss IDARio (Hrsg.), Bern April 2001, S. 56 ff.

¹⁹ Politik der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven, Hauptbericht, Interdepartementaler Ausschuss IDARio (Hrsg.), Bern April 2001, S. 65 ff.

*langfristige Betreuung, obwohl vieles davon abhängt, ob sich die Menschen im hohen Alter relativ guter Gesundheit erfreuen. Die Bevölkerungsstruktur ändert sich nur langsam, denn diejenigen, die zu Beginn der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Rentner sein werden, sind schon geboren, genauso wie ein großer Teil der zukünftigen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter.*²⁰

In der Schweiz hat sich das Drei-Säulen-Konzept etabliert und steht bezüglich der Sicherung seiner zukünftigen Finanzierung - infolge seiner ausgewogenen Mischung zwischen Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren - vor weniger grossen Problemen wie die meisten Länder der Europäischen Gemeinschaft.²¹ Es werden zwar weitere Finanzierungsquellen notwendig sein, um - unter Berücksichtigung der gewaltigen demographischen Veränderungen *und* des gleichzeitigen sozialen Wandels (Änderung der Haushalts- und Familienstrukturen sowie in der Arbeitswelt)²² - die elementaren Bedürfnisse sozialer Gerechtigkeit weiterhin zu erfüllen, diese sind aber erschliessbar, wenn der politische Willen gegeben ist.²³ Die zunehmende Alterung der Gesellschaft wirkt sich überdies entsprechend auf das Gesundheitswesen und die damit verbundene Gesundheitspolitik aus.²⁴

3.2 Gesundheitspolitik (öffentliche Gesundheit)

Eine ernsthafte Gefährdung der öffentlichen Gesundheit stellt die zunehmende Entwicklung antibiotikaresistenter Stämme von

²⁰ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen S. 16.

²¹ Vgl. Erwin CARIGIET und Jean-Pierre FRAGNIÈRE (Hrsg.), *Hat das Drei-Säulen-Konzept eine Zukunft? Le concept des trois piliers a-t-il un avenir?*, Lausanne 2001

²² Cf. CARIGIET a.a.O. S. 1 ff.

²³ Zu den Finanzierungsperspektiven der sozialen Sicherheit ausführlich: CARIGIET a.a.O. S. 231 ff.

²⁴ CARIGIET a.a.O. S. 1 ff. und 135 ff.

*Seuchenerregern dar, was die Wirksamkeit der bestehenden Behandlungsmöglichkeiten vermindert. []**

Wir wissen auch noch nicht genug über die längerfristigen Auswirkungen der Tausenden von Chemikalien, die derzeit in Gebrauch sind. []

Gesundheitsprobleme, die mit Bewegungsarmut und Fehlernährung einhergehen, werden oft von den Eltern an die Kinder weitergegeben. []

Alle Mitgliedstaaten stehen vor der Herausforderung, einen hohen Standard in der Gesundheitsfürsorge zu sichern, ohne die öffentliche Hand übermäßig zu belasten.²⁵

Diese Aussagen können ohne Weiteres auf die schweizerischen Verhältnisse übertragen werden.

Die Ökonomisierung der Gesellschaft bildet sich erwartungsgemäss in den Diskussionen um eine Reform des Gesundheitswesens ab: Mit allen Widersprüchen der verschiedenen Akteure, die mit ihren Parolen zu Gunsten der PatientInnen eh meist nur sich selber meinen. Zum Teil sind die in den Thesen der nachhaltigen Entwicklung zur öffentlichen Gesundheit aufgestellten Forderungen auch nur kaschierte neoliberale Haltungen mit dem Ziel, Solidarität zu reduzieren oder Verantwortung neu von den Bessergestellten zu den Armen und Einkommensschwachen zu verteilen. Zum Beispiel führen wirtschaftliche Anreize in Systemen der sozialen Sicherheit nicht einfach per se zu einer Verbesserung der Qualität, wie immer wieder behauptet wird.²⁶

* [] Absätze durch den Autor gesetzt.

²⁵ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen S. 16.

²⁶ Vgl. CARIGIET a.a.O. S. 112 ff. (mit Hinweisen).

Die Grundsatzfragen des Gesundheitswesens im Lichte der Nachhaltigkeit:

Im Gesundheitswesen können und sollten sich - ausgehend vom Generationen-Modell (und teilweise auch im Zusammenhang mit der Generationen- und/oder weiteren Bilanzen) - die folgenden Fragen stellen.

- Wieviel Medizin, ein wie grosses Gesundheitswesen ist überhaupt "notwendig"? Für wen?
- Soll ein weiteres Ansteigen der Lebenserwartung gefördert und unterstützt werden?
- Wer soll diese Fragen beantworten?

Bei der Beantwortung dieser Fragen spielt einerseits der Aspekt der *Lebensqualität* (mit seiner subjektiven und objektiven Komponente) eine wichtige Rolle und andererseits wird die Frage nach der zukünftigen *Finanzierung* von staatlichen Leistungen bzw. jene nach der vielzitierten *Finanzierbarkeit* (gerade auch unter dem Blickwinkel der Generationenbilanz) aufgeworfen.

Mögliche Annäherungen an die Problematik:

Kosten und Finanzierung sind nicht die allein relevanten Massstäbe für die Wertung von gesellschaftlichen Entwicklungen und Massnahmen (wie z.B. die Entwicklung der Gesundheitskosten in den westlichen Industrienationen). Gesellschaftliche Verantwortung, das Spannungsfeld von rechtlicher und sozialer Freiheit sind ebenso bedeutsam. Die Frage der Finanzierung von Leistungen der sozialen Sicherheit lässt sich beispielsweise nicht trennen von der Frage nach gesellschaftlicher Solidarität (innerstaatlich, national und überstaatlich, international).

Den Kosten der sozialen Sicherheit sind unbedingt jene der sozialen Unsicherheit gegenüber zu stellen, auch wenn sich diese nicht so direkt darstellen lassen (Zusammenhänge zwischen Demokratie und

sozialer Sicherheit, zwischen Armut und Krankheit, Bildung und Gesundheit usw.).²⁷ Die Finanzierung der sozialen Sicherheit lässt sich in den westlichen Industrienationen zudem auch immer weniger von einer adäquaten Migrations- und AusländerInnenpolitik trennen.

Mögliche politische Detailfragestellungen und mögliche Antworten (summarische Darstellung):

- Zweiklassenmedizin

Die systematische Entwicklung zu einer Zweiklassenmedizin kann dazu führen, dass in Zukunft nur noch einem Teil der Bevölkerung eine umfassende, hochstehende Gesundheitsversorgung zur Verfügung steht (was auch eine Einschränkung der Möglichkeiten der zukünftigen Generationen bedeuten kann).

Neben der wirtschaftlichen Effizienz ist daher bei der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens im gleichen Masse auch auf die gesellschaftliche Solidarität zu achten. Stichworte: Prämienverbilligung, keine Reduktion des Umfangs der Pflichtleistungen in der obligatorischen Grundversicherung, sondern ein Ausbau, wo noch nötig (z.B. Psychotherapie), gleichwertige Ausstattung der öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitäler im Vergleich zu privaten Einrichtungen.

- Rationierung bei der Gesundheitsversorgung

Die Rationierung in der Gesundheitsversorgung kann unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung nicht einheitlich beurteilt werden. Einerseits schmälert die Rationierung das Angebot für die Bevölkerung und ermöglicht es nur noch den Reichen gewisse Leistungen zu erhalten, was wiederum zu einer Zweiklassenmedizin führt.

²⁷ Vgl. die Untersuchungen und Analysen von Amartya K. SEN, Ökonomie für den Menschen, Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, 2000 München/Wien.

Andererseits kann die Rationierung auch eine sinnvolle Beschränkung darstellen, indem die Gesellschaft auf gewisse Leistungen verzichtet, die nur unter grösstem Aufwand an personellen und materiellen Ressourcen erbracht werden können. Die hohe Ressourcenbindung für wenige Individuen kann nämlich zu einer unsolidarischen Gesundheitsversorgung führen, da aufgrund der beschränkten Ressourcen nicht alle von diesen Leistungen profitieren können.

- Informierte, autonom entscheidende PatientInnen (Empowerment der PatientInnen)

In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat die Medizin enorme Fortschritte gemacht. Immer neue Medikamente, Behandlungs- und Untersuchungsmethoden haben zu einer stetigen Zunahme der Lebenserwartung geführt. Gleichzeitig stellt sich aber immer mehr die Frage, wo eine medizinische Behandlung noch sinnvoll ist und wo darauf verzichtet werden soll. Nicht mehr alles Machbare ist auch wünschenswert.

Der Entscheid auf medizinische Massnahmen zu verzichten oder die Beschränkung auf gewisse Massnahmen setzt jedoch voraus, dass die PatientInnen aufgrund ihres spezifischen Wissensstandes im konkreten Fall (partnerschaftlicher Einbezug in die notwendigen Entscheidungsprozesse) und von ihrer allgemeinen Bildung her (selbstbewusst und aufgeklärt) eigenständig über ihre Behandlung entscheiden können.

3.3 Armut und soziale Ausgrenzung

Armut und soziale Ausgrenzung sind Probleme, die alle Mitgliedstaaten gemeinsam haben. Wie ernst dieses Thema ist, lässt sich daraus ersehen, dass jeder sechste Europäer in Armut lebt (wobei der Prozentsatz in manchen Gruppen wie bei allein Erziehenden viel höher liegt). Schlechte Gesundheit, niedriger Bildungsstand und Entbehrung werden gewöhnlich von einer

Generation an die nächste weitergegeben. Darüber hinaus droht durch den raschen Technologiewandel noch stärker eine „digitale Kluft“ und die Herausbildung einer Zweiklassengesellschaft.²⁸

Die Verhältnisse stellen sich in der Schweiz nicht in allen Bereichen gleich wie in den Ländern der europäischen Gemeinschaft dar. Die reiche Schweiz zählt jedoch immer noch 400'000 bis 700'000 arme Menschen. Die Altersarmut ist dank den Ergänzungsleistungen zur AHV weitgehend verschwunden. Kinderarmut und die Workingpoor-Problematik, Armut infolge Langzeitarbeitslosigkeit und schlechter beruflicher Qualifikation betreffen jedoch auch in der Schweiz einen verhältnismässig kleinen, aber ständig wachsenden Teil der Bevölkerung. Prekarität oder *ständige Armutsgefährdung* wird für zu viele zum Normalzustand, wirkt desintegrierend²⁹ und führt zu einer Stärkung rechtspopulistischer Parteien durch die Betroffenen. Im Übrigen kann – was immer wieder verdrängt wird – Armut eine Verschlechterung der Gesundheit bewirken. Es besteht ebenfalls eine Beziehung zwischen schlechtem Bildungsstand und Armut.

Der Autor geht in seinem neuesten Werk ausführlich auf diese Problematik ein und schlägt gezielte Ergänzungen der bestehenden sozialen Sicherheit vor. Integration und Partizipation sind die Massstäbe, rechtliche *und* soziale Freiheit das Ziel. Das Resultat ist eine neue Architektur der sozialen Sicherheit, in der die bewährten Sozialversicherungen durch Ergänzungsleistungen für Eltern, Assistenzentschädigungen für Behinderte usw. ergänzt werden.³⁰ Die Sozialhilfe soll sich so wieder auf die Bekämpfung der nicht strukturellen Armut beschränken können.

²⁸ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen S. 16.

²⁹ Stadtplanung beeinflusst die soziale Ausgrenzung ganz massgeblich. Oft werden arme und einkommensschwache Menschen in abgelegene oder von Lärm und von anderen Emissionen betroffene Quartiere abgedrängt, was sich auf ihre Gesundheit usw. auswirkt.

³⁰ CARIGIET a.a.O. S. 129 ff.